



SDA-Bulletin

Die Beschlüsse des Zürcher Kantonsrates vom 30. August 2021 (Vormittag)

Der Regierungsrat muss sich mit einem allfälligen Ausbau des Bahnverkehrs im Zürcher Weinland befassen. Der Kantonsrat hat eine entsprechende Einzelinitiative eines Bürgers aus Adlikon mit 63 Stimmen vorläufig unterstützt ([KR-Nr. 108/2021](#)). Mit der Einzelinitiative wird unter anderem ein Doppelspurausbau auf der Strecke Winterthur-Schaffhausen, ein Ende des Hinke-Taktes sowie eine Verbindungsschleife inklusive einer neuen Brücke über die Thur gefordert.

Der Kantonsrat hat eine Einzelinitiative abgelehnt, mit der ein Verbot der Beschneidung von Kindern aus nichtmedizinischen Gründen gefordert wurde ([KR-Nr. 119/2021](#)). Für das Anliegen stimmte kein einziges Ratsmitglied.

Der Kantonsrat hat eine Einzelinitiative abgelehnt, mit der eine frühe Deutschförderung gefordert wurde ([KR-Nr. 120/2021](#)). 32 Ratsmitglieder stimmten dafür. 60 wären für eine vorläufige Unterstützung nötig gewesen.

Der Kantonsrat hat eine Einzelinitiative abgelehnt, mit der ein Verbot von ausschliesslich nichtpostalischen Kündigung gefordert wurde ([KR-Nr. 231/2021](#)). Für das Anliegen stimmte kein einziges Ratsmitglied.

Der Kantonsrat hat verschiedenen Änderungen im Geoinformationsgesetz in erster Lesung zugestimmt ([5669](#)). Die zweite Lesung mit Schlussabstimmung findet voraussichtlich in rund vier Wochen statt.

Der ZHAW-Campus T in Winterthur kann ohne Unterbruch weiter geplant werden. Der Kantonsrat hat dazu einen Betrag von 48 Millionen Franken genehmigt ([5674](#)). Das Quorum zur Lösung der Ausgabenbremse von 91 Stimmen wurde mit 159 Stimmen locker erreicht.

Der Kantonsrat hat die Kreditabrechnung für Umbau und Erweiterung des Massnahmenzentrums Uitikon mit 156 zu 0 Stimmen gutgeheissen ([5590](#)).

Der Kantonsrat hat eine auf eine parlamentarische Initiative von CSP-Kantonsrat Beat Bloch zurückgehende Änderung des Energiegesetzes zur Genehmigung der Energiestrategie in erster Lesung verabschiedet ([KR-Nr. 307/2014](#)).

Der Kantonsrat hat mehrere auf eine parlamentarische Initiative des ehemaligen Kantonsrates der Grünen, Robert Brunner, zurückgehende Änderungen des EKZ-Gesetzes zur Wohnsitzpflicht von Verwaltungsratsmitglieder in erster Lesung verabschiedet ([KR-Nr. 211/2016](#)). Die zweite Lesung mit Schlussabstimmung findet in etwa vier Wochen statt.

Der Kantonsrat hat ein Postulat von EDU, FDP und SVP betreffend Gesamtbetrachtung der Eigentalsstrasse als erledigt abgeschrieben ([5393](#)).

Die Beschlüsse des Zürcher Kantonsrates vom 30. August 2021 (Nachmittag)

Der Kantonsrat hat ein dringliches Postulat von Mitte, SVP und Grünen, mit dem die Rettung der landwirtschaftlichen Forschung im Kanton Zürich gefordert wurde, als erledigt abgeschrieben ([5536](#)).

Der Kantonsrat hat ein Postulat von GLP, BDP und EVP betreffend «Mehr Mass beim Denkmalschutz» als erledigt abgeschlossen ([5464](#)).

Der Kantonsrat hat ein Postulat von EVP, GLP und BDP betreffend Beschleunigung von Unterschutzstellungsverfahren als erledigt abgeschlossen ([5601](#)).

Der Kantonsrat hat ein FDP-Postulat zur Förderung der Bienenbestände als erledigt abgeschlossen ([5678](#)).

Der Kantonsrat hat ein Postulat von BDP, FDP und der Mitte betreffend kombinierte Anlagen zur geothermischen Stromproduktion als erledigt abgeschlossen ([5680](#)).

Der Kantonsrat hat ein Postulat von EVP und FDP zur Speicherpflicht für Pelletheizungen bis 70 kW als erledigt abgeschlossen ([5679](#)).

Der Kantonsrat hat ein Postulat der Grünen zur Qualität von Schutzgebieten als erledigt abgeschlossen ([5687](#)).

Der Kantonsrat hat die Überweisung eines GLP-Postulats an den Regierungsrat zu Tarifstrukturen bei Photovoltaik-Anlagen mit 103 zu 54 Stimmen abgelehnt ([KR-Nr. 26/2019](#)).

Der Kantonsrat will, dass Tiny Houses, also ökologische Kleinwohnformen, im Kanton Zürich ein grösseres Thema werden. Der Regierungsrat soll die Hürden bei der Bewilligung senken. Der Rat hat ein entsprechendes Postulat mit 93 zu 56 Stimmen dem Regierungsrat überwiesen ([KR-Nr. 66/2019](#)). Eingereicht wurde der Vorstoss von GLP, SP und BDP. Der Regierungsrat hat nun zwei Jahre Zeit, einen Bericht dazu zu erstellen.

Das Parlament hat ein Postulat von GLP, SP und Grünen mit 111 zu 39 Stimmen an den Regierungsrat überwiesen, mit dem ein verstärkter Moorschutz gefordert wird. ([KR-Nr. 92/2019](#)). Der Regierungsrat hat nun zwei Jahre Zeit, einen Bericht dazu zu erstellen.

(sda)